

## INHALT

Nr. 1	Beschuß vom 13. Dezember 1967 (1 BvR 679/64). Unterschiedliche Gewährung von Kinderfreibeträgen bei Lohnsteuerpflichtigen und veranlagten Einkommensteuerpflichtigen . . . . .	1
Nr. 2	Beschuß vom 19. Dezember 1967 (2 BvL 4/65). Übertragung der Altrentenlast der Bergbau-Berufsgenossenschaft auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften . . . . .	12
Nr. 3	Beschuß vom 19. Dezember 1967 (2 BvQ 1/67). Ersatz der Wahlkampfkosten von Landtagswahlen (Schleswig-Holstein); Ablehnung einer einstweiligen Anordnung . . . . .	33
Nr. 4	Beschuß vom 19. Dezember 1967 (2 BvQ 2/67). Ersatz von Wahlkampfkosten (Bund); Ablehnung einer einstweiligen Anordnung . . . . .	42
Nr. 5	Beschuß vom 23. Januar 1968 (1 BvR 709/66). Verfassungsmäßigkeit des Nachtbackverbots . . . . .	50
Nr. 6	Beschuß vom 30. Januar 1968 (2 BvL 15/65). Einkommensteuerermäßigung für Einkünfte aus Erfindertätigkeit; Nichtigkeit einer Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen . . . . .	62
Nr. 7	Beschuß vom 6. Februar 1968 (1 BvL 7/65). Freibeträge bei der Vermögensteuer bei einer aus mehr als zwei Personen bestehenden Veranlagungsgemeinschaft . . . . .	74
Nr. 8	Beschuß vom 7. Februar 1968 (1 BvR 628/66). Bundesentschädigungsgesetz (Wahlrecht zwischen Kapitalabfindung und Rente) . . . . .	85
Nr. 9	Beschuß vom 14. Februar 1968 (2 BvR 557/62). Gesetzliches Unrecht; keine Anerkennung der aus rassischen Gründen erfolgten Ausbürgerung . . . . .	98
Nr. 10	Beschuß vom 22. Februar 1968 (2 BvO 2/65 u. 1/66). Zuständigkeit des Bundes bei der Schaffung von Straftatbeständen; § 367 Abs. 1 Nr. 15 StGB als Bundesrecht . . . . .	113
Nr. 11	Beschuß vom 5. März 1968 (1 BvR 579/67). Kein Verweigerungsrecht des zivilen Ersatzdienstes für Zeugen Jehovas . . . . .	127
Nr. 12	Beschuß vom 6. März 1968 (1 BvL 2/63). Kein Recht einer Waise auf Weiterversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Auslaufen der Waisenrente . . . . .	135
Nr. 13	Beschuß vom 6. März 1968 (1 BvL 7/64). Unzulässiger Vorlagebeschuß; Einführung des deutschen Einkommensteuerrechts im Saarland (Steuererleichterung für Wohnungsbau) . . . . .	146

- Nr. 14 Beschluß vom 6. März 1968 (1 BvR 975/58). Verfassungsmäßigkeit des Ausschlusses der Banken von der Ablösung der verbrieften Forderungen gegen das Deutsche Reich in § 32 Abs. 1 Nr. 3 AKG, auch soweit sie keine Ausgleichsforderungen erhalten haben . . . . . 153
- Nr. 15 Beschluß vom 7. März 1968 (2 BvR 354, 355, 524, 566, 567, 710/66 und 79, 171, 431/67). Verfassungswidrigkeit erneuter Strafverfolgung und Bestrafung der nach Verurteilung wegen Dienstflucht wiederholten Nichtbefolgung einer Einberufung zum zivilen Ersatzdienst, wenn die Weigerung auf die ein für allemal getroffene und fortwirkende Gewissensentscheidung des Täters zurückgeht; Abweichen eines Senats von der im Beschluß eines Vorprüfungsausschusses des anderen Senats enthaltenen Rechtsauffassung . . . . . 191
- Nr. 16 Beschluß vom 11. März 1968 (2 BvL 18/63; 2 BvR 58/65 und 533/65). Nichtigkeit des § 19 Abs. 1 MFG (Verstoß gegen Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG) und der auf Grund dieser Ermächtigung erlassenen Verordnungen über die Beimischung inländischen Rüböls . . . . . 208
- Nr. 17 Beschluß vom 19. März 1968 (1 BvR 554/65). Verfassungsmäßigkeit der unterschiedlichen Regelung des Bundesrückerstattungsgesetzes für Geschädigte, die ihre Ansprüche bis zum Ablauf der Anmeldefrist angemeldet haben, aber den Verbringungs nachweis nicht führen konnten (§ 29 b) und denjenigen, die die Frist versäumt haben (§ 44 a) . . . . . 229

11  
RE

ENTSCHEIDUNGEN  
DES  
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

23. Band - Lieferung 1-2



1968

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN